

i Fijáte !

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 284

7. Mai. 2003

9. Jahrgang

Guatemalteckische Gewerkschaften: Raus zum 1. Mai!

Im Zusammenhang mit Guatemala vom 1. Mai zu sprechen bedeutet, von Kampf und Widerstand zu sprechen, von (meist nicht erfüllten) Forderungen, von nicht bezahlten Löhnen. Es bedeutet, von Gewerkschaften zu sprechen, die trotz enormen politischen und ökonomischen Widrigkeiten nicht müde werden, weiterzukämpfen. Zugegeben, im Vergleich zu den 70er- und 80er- Jahren hat die guatemalteckische Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren an Kraft verloren und ihre traditionellen 1. Mai-Demonstrationen waren oft nicht mehr als ein kümmerliches Grüppchen, das Parolen gegen die längst vollzogene Privatisierung skandierete. Doch ist in den letzten Monaten eine Bewegung gewachsen und erstarkt, die den klassischen ArbeiterInnenkampf etwas breiter fasst und sich im Protest gegen die Globalisierung organisiert und vernetzt, und in deren Sog auch die Gewerkschaften wieder Aufwind bekommen.

Im Folgenden eine Zusammenfassung des 1. Mai-Kommuniqués, das in Zusammenarbeit von UGT (Guatemalteckische ArbeiterInnenunion), CNSP (Nationale Volks- und Gewerkschaftskoordination) und der UNSITURAGUA (Gewerkschaftseinheit der ArbeiterInnen Guatemalas) verfasst und von der guatemalteckischen Gewerkschaftsbewegung CGTG veröffentlicht wurde.

Die heutige Arbeitssituation: Obwohl in Guatemala heute die Arbeitsrechte in der Verfassung, im Arbeitsgesetz und in ratifizierten internationalen Abkommen verankert sind, existieren sie in der Praxis nicht. LandarbeiterInnen auf den Fincas und MaquilaarbeiterInnen in den Städten werden entlassen, sobald sie sich gewerkschaftlich organisieren. Angestellte des öffentlichen Dienstes, vor allem in den Gemeindebehörden, sind von den Parteien abhängig und werden, falls sie sich nicht ducken, verfolgt, nicht ernst genommen, beschissen oder entlassen.

Das unter der PAN-Regierung von Alvaro Arzú erlassene Anti-Streik-Gesetz verletzt die Abkommen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO. Die FRG ihrerseits hat ein Gesetz erlassen, das es den öffentlichen Angestellten verbietet, Verhandlungen über Gehaltserhöhungen zu führen.

Arbeitslosigkeit: Arbeitslosigkeit ist die Konsequenz einer fehlenden Beschäftigungspolitik der Regierung. Rund 76% der erwerbstätigen Bevölkerung arbeitet im informellen Sektor. Die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit zwingen unsere Bevölkerung in die Knie: Verzweiflung und das Auseinanderreißen der Familie, die Abwanderung in die Städte oder die Migration in den Norden sind die Folgen davon. Arbeitslose Jugendliche schliessen sich den maras (kriminelle Jugendbanden) an und kommen in Kontakt mit Gewalt, Alkoholismus, Prostitution und Drogenkonsum. Zusammengefasst bedeutet das eine Verminderung der Lebensqualität in unserem Land.

Löhne: Es gibt keine staatliche Politik, die die Kaufkraft unserer Löhne erhalten oder stärken würde. Die ausgehandelten Mindestlöhne werden in der Praxis zu Maximallöhnen, die in vielen Fällen in der Privatwirtschaft nicht ausbezahlt werden. Die staatlichen Kontrollmechanismen, um diese Abkommen zu überprüfen, funktionieren nicht.

Land: Trotz Friedensabkommen und all der Propaganda, die um sie gemacht werden, ist kein Ausweg in Sicht, um das historische Landproblem zu lösen. Die Schaffung von "Kommissionen auf höchster Ebene" war nichts anderes als eine Verzögerungstaktik, die nichts bewirkt hat ausser Frustration und Demotivierung innerhalb der LandarbeiterInnenbewegung.

Frau und Arbeit: Wir unterstützen die Bemühungen der Frauen, auf dem Arbeitsmarkt Gleichstellung zu erlangen. Wir alle, die an die Würde der Frau glauben, müssen diese Forderung mittragen. Wir sind gegen eine Politik, die zu einer Feminisierung der Armut beiträgt. Ebenso unterstützen wir die Arbeitskämpfe der Hausangestellten, der Maquilaarbeiterinnen und der Landarbeiterinnen.

Kinderarbeit: Das Drama der guatemalteckischen Kinder zu überwinden, vor allem derer, die auf dem Land oder in marginalisierten Gegenden leben und arbeiten, die gezwungen sind, in Maquilas, auf der Strasse, als SteineklopferInnen, in Feuerwerkswerkstätten etc., zu arbeiten, ist eine der grössten Herausforderungen für den guatemalteckischen Staat. (siehe separater Artikel, die Red.)

Arbeitsrechtliche Straflosigkeit: Die zunehmende Repression gegen die Gewerkschaftsbewegung ist beunruhigend. Ebenso die Schwierigkeit, Arbeitskonflikte juristisch auszutragen. In diesem Panorama gibt es keine Aussicht auf Verbesserung, im Gegenteil, Initiativen wie das neue Arbeitsgesetz u.a. gefährden die Prinzipien des Arbeitsrechts. Werden diese Initiativen angenommen, werden wir ArbeiterInnen unsere letzten Rechte verlieren, die bisher als unantastbar galten. Die Flexibilisierung der Arbeit, die heute schon Usus

ist, wird durch Präzedenzfälle gesetzlich verankert werden und das geltende Gesetz unterwandert. Die Kriminalisierung von Arbeitskonflikten sind eine übliche Form der Repression und der Verfolgung.

Die guatemalteckische Realität: Guatemala steckt in einer allgemeinen Krise, unter der die ArbeiterInnen und die Bevölkerung allgemein leidet. Wir stellen ein Vakuum in der Regierungsführung fest; das Land ist vom organisierten Verbrechen beherrscht, Gewalt, Überfälle, Korruption, Straflosigkeit und Entführungen gestalten unseren Alltag. Es scheint, dass die zuständigen Institutionen wie die Staatsanwaltschaft, der Kongress, die Gerichte etc., Angst haben, sich diesen Übeln zu stellen und machen sich somit zu deren Komplizen.

Demokratie: Die sog. Demokratie in unserem Land beschränkt sich darauf, Wahlen durchzuführen. In Guatemala sind diejenigen, die das Geld besitzen, die HerrscherInnen über die Demokratie. Die einzelnen KandidatInnen bei den Wahlen verkommen zu reiner Handelsware. Wer sein Image am besten verkauft, gewinnt einen Kongressitz. Die ArbeiterInnen und die Bevölkerung von Guatemala haben genug von dieser Art demokratischer Wahlen, denn was sie schaffen ist: Ausschluss, Armut, Misere, Zynismus, Mangel an Vertrauen und Glaubwürdigkeit, Frustration, etc.

Lebenskosten: Für den Grossteil der Bevölkerung sind die ständigen Preiserhöhungen der Grundnahrungsmittel eine Katastrophe. Auch die Kosten für elementare Dienstleistungen wie Elektrizität, Transport, Telefon, Medikamente, Brennstoffe wie Gas, Benzin und Diesel sowie die Mieten werden systematisch in die Höhe getrieben. Für viele Menschen in unserem Land wird der Anstieg der Lebenskosten zu einer echten Lebensbedrohung.

Friedensabkommen: Wir sind besorgt darüber, dass die Regierung die Friedensabkommen von ihrer Agenda gestrichen hat. Die Parteiinteressen und die bevorstehenden Wahlen haben diese Agenda in ein Instrument der Demagogie verwandelt. Wie z.B. die Idee, die Ex-PAC zu entschädigen oder die famosen Friedensanleihen, mit denen die Auslandsschuld steigt. Der Preis dafür wird die Bevölkerung zu bezahlen haben, über erhöhte Steuern und niedrigere Löhne.

Gesundheit, Erziehung und Sozialversicherung: Zusammen bilden sie das Defizit in der Sozialbilanz unseres Landes. Es ist alarmierend, dass die Mehrheit noch heute keinen Zugang zu diesen Dienstleistungen hat, vor allem die Kinder, die Frauen und die Alten. Diese Tendenz verschlimmert sich durch die drohende Privatisierung. Findet diese statt, ist es das Todesurteil für viele.

Die weltweite Globalisierung: Die Entwicklung der Telekommunikation und der Informatik hat dazu geführt, dass die gesamte Menschheit eine nie gekannte Nähe und Vernetzung erreicht hat. Leider ist diese positive Entwicklung monopolisiert und nur wenige können von ihr profitieren. Die VorantreiberInnen dieses ausschliessenden und diskriminierenden Systems setzen ihren Willen durch mittels internationaler Organisationen wie die Weltbank, die Welthandelsorganisation, der Währungsfonds, die Entwicklungsbank, und zwar mit Massnahmen, die der Mehrheit nur schaden. Sie nehmen sich aber auch das Recht heraus, eine Nation zu qualifizieren bzw. zu disqualifizieren, je nach ihren Interessen. Sie entscheiden, mit wem sie Handel treiben wollen und mit wem nicht, und wen sie mit Sanktionen bestrafen, wenn ihre "Empfehlungen" nicht befolgt werden.

In Guatemala wurden die Freihandelsabkommen *Plan Puebla Panamá* (PPP) und ALCA hinter dem Rücken der Bevölkerung ausgehandelt, mit dem Argument, dass es allen zu Gute komme. Dies ist aber nicht so, und hier zeigt sich das wahre Gesicht der Globalisierung. Sie wollen uns glauben machen, dass: a) Unser beschränktes Kapital zu gleichen Bedingungen mit dem Kapital der Transnationalen in Wettbewerb treten könne. b) Unsere Landwirtschaft mit der viel technologisierteren und zudem subventionierten Landwirtschaft der reichen Länder mithalten könne. c) Unsere Lebensqualität sich verbessern würde. d) Es Möglichkeiten für alle gäbe und e) Arbeitsplätze geschaffen würden.

Die Erfahrung unserer Nachbarländer mit solchen Abkommen hat uns gelehrt, dass mehr Arbeitslosigkeit, mehr Armut und Ausschluss die Folge sind. Am schlimmsten trifft es immer die ArbeiterInnen, weil diese Abkommen in unserem Namen getroffen werden, ohne uns zu fragen und ohne uns in die Verhandlungen einzu beziehen. Die traurige Erfahrung der MaquilaarbeiterInnen lehrt uns, dass, auch wenn Verhaltenskodexe einge-

führt werden, dies den Angestellten in keiner Weise nützt, sondern nur den Unternehmen, die damit im Ausland ihre Weste rein waschen.

Das Freihandelsabkommen ALCA wird der grosse Supermarkt des Nordens werden. Er umfasst die Länder von Alaska bis Feuerland und wir lateinamerikanischen Länder werden von einer Werbeflut überrollt, die uns zum wilden Konsumieren anregen soll. Die Devise wird lauten: Produziere, kaufe und halte den Mund!

Deshalb fordern wir:

-Die guatemalteckische Regierung soll die nationale Agenda wieder aufnehmen, wie sie in den Friedensabkommen definiert ist.

- Dialog, Verhandlung und Konsenssuche sollen als Konfliktbearbeitungsstrategie gewählt werden anstelle von Repression und Zwang.

-Eine Beschäftigungspolitik, die das Arbeitsrecht achtet und die Grundbedürfnisse der Bevölkerung abdeckt.

-Keine Privatisierung des Schulsystems.

-Eine integrale Landreform, welche die Nahrungssicherheit garantiert.

-Keine Unterzeichnung von Freihandelsabkommen, die die nationale Souveränität gefährden. Ein nationales Referendum, damit die Bevölkerung ihre Meinung zu diesen Abkommen ausdrücken kann.

(...)

Ein anderes Guatemala ist möglich!

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Kinder an der Arbeit

Guatemala, 28. April. Das Nationale Statistikinstitut (INE) präsentierte in diesen Tagen seinen aktuellen Bericht über Kinderarbeit in Guatemala, nach dem etwa eine Million Minderjährige zur arbeitenden Bevölkerung gehören, was laut des Dokuments vornehmlich auf das Armutsniveau zurückzuführen sei, mit dem das Land konfrontiert sei.

Von den etwa 507'000 arbeitenden Mädchen und Jungen zwischen 7 und 14 Jahren gehen lediglich 62,4 % zur Schule. Der Bericht stellt fest, dass die Kinderarbeit seit 1994 um 23, % gestiegen ist. 62% der Arbeit wird dabei in der Landwirtschaft geleistet, wobei 76% der Minderjährigen keinen Lohn erhalten, da sie ihre Familie unterstützen.

Das INE erwähnt, dass die Arbeitswoche der arbeitenden Kinder und Jugendlichen etwa 47 Stunden umfasst, was nicht nur jede "normale" Arbeitszeit übertrifft, sondern auch weit über dem sowohl im *Arbeitskodex* als auch in der *Konvention über die Rechte des Kindes* aufgestellten Limit liegt.

Neben dem Agrarsektor ist der Haushalt ein wichtiger Bereich, in dem laut Bericht etwa 300'000 Kinder zwischen 7 und 14 Jahren arbeiten, dabei sind v.a. die Mädchen hier beschäftigt.

Die Zahl der arbeitenden Jugendlichen zwischen 15 und 17 beläuft sich auf rund 418 Tausend, 65,8 % davon sind Jungen, 34,2% Mädchen.

Julián Oyales von der NRO *Conrado de la Cruz* hat dagegen den Eindruck, dass viel mehr Minderjährige im Land arbeiten und nicht in den Zahlen des INE auftauchen. Zudem ist er der Meinung, dass die Erarbeitung und Präsentation des Berichts als erster Versuch des INE zwar wichtig sei, doch dass die erhaltenen Daten sehr an der Oberfläche der Problematik blieben. Er hoffe, dass die Studie nicht von der Regierung dafür missbraucht werde, um an internationale Finanzen zu kommen und angeblich eine vertiefende Untersuchung durchführen zu wollen, während immer noch in der Schwebe hängt, dass das *Kinder- und Jugendgesetz* in Kraft trete.

Um der Kinderarbeit ein Ende zu bereiten, sei es laut Gladys Acosta vom Kinderfond der Vereinten Nationen (Unicef) notwendig, dass der Staat die guatemalteckischen Familien unterstütze. Denn erhielten die Eltern ein Gehalt, mit dem sie ihre Kinder angemessen unterhalten könnten, bräuchten diese ihre Arbeitskraft nicht mehr zusätzlich zu veräussern.

Joselp Margetic vom *Programm gegen Kinderarbeit* von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) weist darauf hin, dass unter den gefährlichsten Arbeiten, die die guatemalteckischen Minderjährigen ausführten die Hausarbeit, die Herstellung von Feuerwerkskörpern, die Landwirtschaft, der Bergbau, die Steinhauerei und das Sammeln und Klassifizieren von Müll seien. Abschliessend erklärte Margetic, dass weltweit mehr als 250 Mio. Minderjährige arbeiteten, 2,5 Mio. von diesen stammten aus Zentralamerika und liefen Gefahr, verschleppt, verkauft und prostituiert zu werden.

Nach der Kündigung: Karen Fischer geht ins Exil

Guatemala, 25. April. Nachdem die Sonder-Staatsanwältin gegen Korruption, Karen Fischer, gekündigt hatte, da ihr Chef, Generalstaatsanwalt Carlos de León Argueta ihr geboten hat, die Ermittlungen im Fall *Conexión Panamá* im Sande verlaufen zu lassen und sie nicht länger bereit war, dessen Anweisungen zu folgen (siehe ¡Fijáte! 282), musste sie inzwischen Guatemala verlassen und ins Exil gehen. Die Morddrohungen gegen sie hatten sich verschärft, was laut der Tageszeitung *Prensa Libre* ein Symptom des fortlebenden Staatsterrors sei und einmal mehr zeige, dass es in Guatemala weiterhin lebensgefährlich sei, sich für die Gerechtigkeit einzusetzen.

Neben dem erwähnten Fall, bei dem vermutlich Strohmänner im Namen von Präsident Alfonso Portillo und weiteren Staatsfunktionären im letzten Jahr in Panama vier Scheinfirmen und 13 Konten eröffnet haben, auf die zwischen US\$ 450 Tausend und US\$ 1,5 Mio. öffentlicher Gelder transferiert worden sein sollen, beschäftigte sich die Staatsanwältin noch mit weiteren Korruptionsfällen hochrangiger Funktionäre. Darunter befindet sich die Unterschlagung von 81 Mio. Quetzales (ca. US\$ 10,25 Mio.) im Innenministerium unter Ex-Innenminister Byron Barrientos, der Betrug um 115 Mio. Quetzales (ca. US\$ 14,56 Mio.) im Kommunikationsministe-

rium unter Ex-Minister Luis Rabbé, sowie der Fall von Armando Llort Quiteño, früherer Präsident des Nationalen Hypothekarkredit-Instituts (CHN), verwickelt in Betrugsoperationen über 105 Mio. Quetzales (ca. US\$ 13,3 Mio.).

In ihrer Amtszeit erreichte Fischer den Haftbefehl gegen David Pineda Acevedo, FRG-Abgeordneter und ehemaliger Bürgermeister von Puerto Barrios, Izabal und gegen den Ex-Bürgermeister von Mixco, Elmer Morales (FRG), beide der Korruption angeklagt. Vor ihrer Ausreise äusserte Fischer die Befürchtung, dass nach ihrem Weggang diverse Ermittlungsfälle verloren gehen könnten, die einen gewissen Fortschritt in der Arbeit gegen die Korruption darstellten und als Grundlage dienen könnten, das erste Mal gegen hohe, diensthabende Funktionäre zu richten. Ihre Sorge machte sie daran fest, dass im Panama-Fall immer noch keine Rechnungsprüfungsperson von der Staatsanwaltschaft ernannt wurde, die die panamenischen Institutionen dazu anhalte die entsprechenden Daten an Guatemala auszuhändigen.

Aus Angst vor der herrschenden Straflosigkeit ist im Fall Barrientos ein Zeuge kurz davor, seine Aussage zurückzuziehen. Er war im Innenministerium an jenem Netz beteiligt, das die Q 80 Mio. unterschlagen hat und hatte enthüllt,

dass ihm der Ex-Minister regelmässig Koffer mit 8 Mio. Quetzales in Bargeld übergeben habe, mit dem Auftrag, sie zu investieren oder US-Dollar davon zu kaufen. Für Karen Fischer besteht die Hauptgefahr darin, dass im Endeffekt die Freundschaft des Generalstaatsanwalts zu den involvierten Funktionären sich vor dem Recht der GuatemalteckInnen durchsetze. Inzwischen sind die StaatsanwältInnen Tatiana Morales und Mynor Melgar ernannt, sich der Aufklärung des Innenministerium-Falles anzunehmen, die weiteren Fälle wurden anderen Abteilungen innerhalb der Staatsanwaltschaft übergeben.

Währenddessen verkündete Generalstaatsanwalt de León in Madrid bei der Versammlung der iberoamerikanischen StaatsanwältInnen, dass er "einen Krieg gegen den Drogenverkehr, den Terrorismus und das organisierte Verbrechen" in Angriff genommen habe und versicherte, dass er die Korruption frontal angreife. Ganz wichtig war ihm, darauf aufmerksam zu machen, dass die Staatsanwaltschaft keine manipulierbare Institution mehr sei, sondern dass man erfolgreich die völlige Unabhängigkeit der StaatsanwältInnen sowie die Autonomie der Einrichtung durchgesetzt habe. Die Menschenrechtsaktivistin Helen Mack bezeichnete de Leóns Aussagen als "bedauernswerte Lügen".

Man kann es nicht oft genug wiederholen!

Guatemala, 26. April. Anlässlich des fünften Jahrestages des Mordes an Bischof Juan José Gerardi Conedera am 26. April 1998 wurden vom erzbischöflichen Menschenrechtsbüro (ODHA) diverse Aktivitäten und Festlichkeiten organisiert. Die Woche, in der in Gedenken an Gerardi die Krypta, in der seine Gebeine liegen, geöffnet wurde und Fotoausstellungen sowie Filmvorstellungen über sein Leben und Wirken, liturgische Akte und die Präsentation des Buches "Zeugen des Glaubens für den Frieden" über acht in Zeiten des internen Konflikts vom Militär ermordete KirchenvertreterInnen - darunter Gerardi - stattfanden, erreichte am Samstag ihren Höhepunkt in einer Mahnwache an der Tausende von Menschen teilnahmen. Es wurde an jenen katholischen Kirchenmann erinnert, der die Arbeiten für den dreibändigen Bericht des ODHA *Guatemala – Nunca más* ("Nie wieder"). *Wiedergewinnung der historischen Erinnerung (REMHI)* vorangetrieben und betreut hatte, in dem die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen, die während des bewaffneten internen Konflikts begangen worden waren, zum ersten Mal der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden waren. 48 Stunden nach der Präsentation dieses Berichts wurde Gerardi

ermordet.

Sowohl die Kirchen als auch die Gläubigen, die u.a. dem *Ökumenischen Forum für den Frieden und die Versöhnung* (FEPAZ) und dem *Movimiento Gerardi* angehören, wiederholten ihre Forderung an die verantwortlichen Institutionen, Gerechtigkeit zu üben und Anstrengungen zu unternehmen, um das blutige Verbrechen endlich aufzuklären.

Dessentwegen waren im Juni 2001 die Militärs Byron Disrael Lima, Byron Lima Oliva und Obdulio Villanueva – der im Februar in der Haftanstalt *Pavoncito* bei einer Meuterei ermordet wurde – wegen aussergerichtlicher Hinrichtung zu 30 Jahren und der Priester Mario Orantes Nájera wegen Mittäterschaft zu 20 Jahren nicht umwandelbare Haft verurteilt worden. Im vergangenen Oktober wurde dieses Urteil jedoch annulliert, derzeit, nach erneuter Berufung durch die Verteidigung, liegt der Fall in den Händen des Verfassungsgerichts.

In der Diözese im Departement Quiché, wo Juan José Gerardi von 1974 bis 1980 das Bischofsamt innehatte, wurde während einer Gedenkmesse die Predigt durch die Lesung eines Textes ersetzt, den Gerardi in der Passionszeit 1980 verfasst hatte, und in dem er die Bevölke-

rung dazu aufrief, in jener Zeit, in der man den Glauben inmitten von Ängsten lebte, die Wege einer wirklichen Befreiung zu suchen. Dabei bezog er sich auf die auch damals vorherrschende organisierte Gewalt, die ungerechten sozialen Strukturen und die latente Unterdrückung sowie die Marginalisierung der Mehrheit des Volkes. In seiner Botschaft aus dem Jahr 1980 kritisierte der Bischof den Verlust des Respekts gegenüber der Würde des Menschen und forderte die Anerkennung der fundamentalen und unveräusserbaren Rechte der Bevölkerung, den Stopp der Verfolgung von BürgerInnen, der Anwendung von Folter und der Verhaftung und Inhaftierung von Unschuldigen.

23 Jahre später sind die Parallelen zu den aktuellen Forderungen der nationalen und internationalen MenschenrechtsaktivistInnen und -organisationen sind nicht zu leugnen.

Wer bietet mehr?

Guatemala, 28. April. Die Gruppierungen der ehemaligen Zivilpatrouillen (PAC) liessen sich von verschiedenen Politikern bereits die Pläne präsentieren, die im Falle eines Wahlgewinns von den jeweiligen Parteien realisiert werden sollen. Laut Leonel Mejía, Koordinator der Ex-PAC von Suchitepéquez und gleichzeitig Aspirant für einen Abgeordnetenposten, würden die Vorschläge und Angebote geprüft, bevor sie entschieden, welche Partei von den Ex-PAC unterstützt werde.

Manuel Conde Orellana vom *Nationalen Wandels* verkündete, dass seine Organisation bereit sei, die ehemaligen Paramilitärs auf Posten von Abgeordneten bzw. Bürgermeisterien zu berufen, Nery de León von der Sozialdemokratischen Partei Guatemalas (PSDG) erklärte, dass den Ex-PACs von der PSDG zusätzlich die Möglichkeit geboten werden wird, VorkandidatInnen für die Präsidentschaft vorzuschlagen. Ex-Guerillero César Montes von der Allianz Neue Nation (ANN) meinte unterdessen, seine Partei hätte grundsätzlich Platz für die Ex-PACs und fügte hinzu: "Ich bin immer bei euch gewesen".

Die Ex-PACs suchen vor allem jene Partei, die ihnen in der folgenden Legislaturperiode ganz sicher die zwei ausstehenden Raten der von der FRG von den geforderten 20'000 auf 5'241 Quetzales gedrückten Entschädigungssumme für ihren "Dienst am Vaterland" auszahlen wird.

"Wir zählen mit fast 3 Mio. Stimmen, und jetzt werden wir in den Wahlurnen das kassieren, was uns die FRG zu Unrecht vorenthalten hat."

Regierungsführung: miserabel

Guatemala, 2. Mai. Am 13. und 14. Mai muss die guatemalteckische Regierung vor der internationalen Gemeinschaft Rechenschaft über die Fort- und Rückschritte bei der Umsetzung der Friedensabkommen vorlegen. Das diesjährige Treffen der *Konsultivgruppe* (diejenigen "befreundeten" Länder und Institutionen, die Guatemala bei der Umsetzung der Abkommen und dem Demokratisierungsprozess begleiten und finanziell unterstützen) findet in Guatemala statt. Beim letzten Treffen im Februar 2002 in Washington wurde der guatemalteckischen Regierung eine Summe von 1300 Mio. US-\$ zugesprochen, die jedoch an Bedingungen geknüpft waren, deren Erfüllung in zwei Wochen überprüft wird. An einigen dieser Bedingungen hat die Staatsführung in den letzten Wochen und Monaten noch etwas Kosmetik betrieben, z.B. durch die Bereitschaft, eine *Untersuchungskommission über illegale paramilitärische Verbände und geheime Sicherheitstrupp* (CIACS) einzusetzen oder durch die unerwartet erfolgreichen Drogenrazzien, bei denen ein paar grössere Fische ins Netz gingen.

In Guatemala ist man derweil daran, Berichte zu erarbeiten, die der Konsultiv-

gruppe vorgelegt werden sollen. Nebst dem Rechenschaftsbericht der Regierung werden auch die VertreterInnen der entsprechenden Länder und Institutionen, die guatemalteckische Zivilgesellschaft und die UNO-Mission für Guatemala, MINUGUA, Gelegenheit haben, ihre Evaluationen vorzutragen. Das Szenario des bevorstehenden Treffens kann ziemlich detailliert prognostiziert werden: Rüge und Drohgebärden seitens der internationalen Gemeinschaft, Schelte und moralische Verurteilung sicher auch von MINUGUA, Anklage und die Forderung, jegliche finanzielle Unterstützung an die Regierung zu blockieren seitens der guatemalteckischen Zivilgesellschaft sowie Verteidigung und leere Versprechen seitens der Regierung.

Präsident Portillo gibt sich im Hinblick auf das bevorstehende Treffen einerseits philosophisch "Wie sollen wir in zehn Jahren ein Land aufbauen, dass während 500 Jahren im Krieg und unterdrückt war?", andererseits desinteressiert, muss doch in einem Jahr eine neue Regierung die in der Tendenz zunehmende Unregierbarkeit vor der internationalen Gemeinschaft und der eigenen Bevölkerung verantworten.

Exponierte Lage, alternativer Baustil...

Guatemala, 23. April. Trotz der Gründung des *Guatemaltekeschen Fonds für Wohnungsbau* (Foguavi) im Rahmen der Friedensverträge, steigt das Defizit an Wohnraum stetig, wie Untersuchungen der *Nationalen Siedlungskoordination Guatemalas* (Conag) feststellen. Laut der erhaltenen Daten schätzt man den Mangel an bewohnbarem Raum auf 1 Mio. 600 Tausend fehlende Wohneinheiten, wobei diese Angaben jedes Jahr um 50 Tausend anwachsen. Diese Situation, die eine Krise riesiger Grössenordnung hervorrufe, sei laut Conag-Koordinator Luciano Colorado vor allem auf die mangelnde Aufmerksamkeit der Regierungen zurückzuführen.

Dank des Engagements von zivilen Organisationen wurde immerhin erreicht, mit Hilfe einer 2001 gegründeten Kommission Zugang zu öffentlichem Raum zu bekommen, wobei ein Verhandlungstisch zur Lösung der Wohnraumproblematik geschaffen wurde. Bislang wurden 382 Familien in 11 Municipien in den Departements Huehuetenango, San

Marcos und Quiché Beihilfen gewährt, was im Vergleich zur aktuellen Mangel-situation jedoch so gut wie nichts ist.

Häuser aus Karton und Wellblech sind nun einmal unangemessene Orte zum Leben und sind auch nicht als "Wohnraum" zu bezeichnen. So verschleierte, laut Colorado, der neulich durchgeführte Wohnraumzensus auch die guatemaltekesche Realität.

Nach Aussagen der *Nationalen Koordination zur Katastrophenreduktion* (CONRED) gelten zudem 26 Siedlungen, davon 9 im Landesinneren und 17 in der Hauptstadt seit 1999 als Zonen hohen Risikos, da sie einsturz- bzw. verschüttungsgefährdet sind. Dies ist sowohl der dort wohnhaften Bevölkerung als auch den Ortsautoritäten bekannt. Doch trotz wiederholter Warnungen verändert sich nichts.

Auch die BewohnerInnen des Dorfes San Francisco Chichicaste in einer weit entlegenen Region im Department San Marcos waren des öfteren dazu angehalten worden, diesen Ort zu verlassen. Doch da sie ausser diesen Auffor-

derungen weder finanzielle Unterstützung noch akzeptable Alternativen für einen Umzug erhielten, war es ihnen nicht möglich, vergangene Woche dem immensen Erdbeben zu entgehen, der 22 Wohnhäuser, diverse Felder, Weiden und zahlreichen Viehbestand der Gemeinde unter sich begrub. Die Zahl der Toten stieg mittlerweile auf 14, 22 Personen werden noch vermisst.

Laut eines Kommentars in der Tageszeitung *Siglo XXI* reichten Warnungen nicht aus, um solche Unglücke wie gerade in Chichicaste oder vor wenigen Monaten in einem Dorf von San Lucas Tolimán, Sololá, zu vermeiden. Es sei dringend notwendig, dass der Staat eine zwingendere Soforthaltung einnehme, die jedoch auf die Zukunft auszurichten sei. Dabei müsse sich vergegenwärtigt werden, dass die Menschen, die sich in gefährlichen Gebieten ansiedeln, dies nicht freiwillig täten, es vielmehr das Ergebnis davon sei, dass die verschiedenen Regierungen bis heute unfähig gewesen sind, der Bevölkerung angemessene Optionen zu bieten.

Ausnahmezustand auf dem Land

Guatemala, 30. April. Am 22. April gab die *Plataforma Agraria* (PA), ein Zusammenschluss von BäuerInnen- und sozialen Organisationen, den Abbruch der Verhandlungen mit der Regierung bekannt. Thema dieses "Dialogs" waren u.a. die Fincabesetzungen, die Beilegung der über 450 Arbeitskonflikte, die Arbeitslosigkeit auf den Kaffeeplantagen und die Durchführung eines "Notprogramms" für 52'000 vom Hunger bedrohte Landarbeiterfamilien. Die Sitzung, die für die PA das Fass zum Überlaufen brachte, fand mit Arbeitsminister Víctor Moreira statt. Dieser habe sich so überheblich und übergriffig benommen, dass nun von seinen VerhandlungspartnerInnen seine Absetzung gefordert wird.

In einer Ende April veröffentlichten Untersuchung, die von der PA in Zusammenarbeit mit dem Indígena- und BäuerInnenzusammenschluss CONIC durchgeführt wurde, kommen die Fachleute zum Schluss, dass die Regierungs-massnahmen zur Lösung der Landproblematik zu kurz greifen. So haben z.B. 17% der Familien (2148 von knapp 13'000), die durch den Landfonds (FONTIERRAS) zu einem Stück Land gekommen sind, dieses wieder verlassen, weil es ihnen an technischer Unterstützung fehlt und sie keinen Zugang zu Krediten für den Kauf von Saatgut haben. Ein weiterer Grund für den Weggang dieser

Familien ist, dass einige von ihnen durch FONTIERRAS in Gebiete umgesiedelt wurden, die geographisch und klimatisch in keiner Weise ihren Herkunftsorten entsprechen. Für die BäuerInnenorganisationen ist diese Desertierung eine Folge der unbefriedigenden und kurz-sichtigen Strategie der Regierung, die sich, wenn sie nicht überdacht wird, in einen Bumerang verwandeln könnte. In dieser Beziehung ist FONTIERRAS durchaus auch selbstkritisch und gibt zu, dass in einigen Fällen die BäuerInnen überredet und sogar gezwungen

wurden, gewisse Angebote anzunehmen, und dass sie z.T. Fincas übernahmen, die mit keinerlei Infrastruktur ausgerüstet waren. Doch FONTIERRAS sei nur zuständig, um mit den BäuerInnen die Kreditmodalitäten auszuhandeln, für die technische Unterstützung und den Wiederaufbau von Infrastruktur seien andere staatliche Institutionen verantwortlich. Und hier mangle es oft an der notwendigen Zusammenarbeit und einem fundierten Entwicklungsplan, erklärte der Geschäftsführer von FONTIERRAS, Manuel de Jesús Godínez.

Seit langem notwendige Rentenkürzung

Guatemala, 29. April. In diesen Tagen wurden in zwei Regierungsvereinbarungen bekanntgegeben, dass vom Präsidenten und vom Verteidigungsminister entschieden wurde, die extraordinären Pensionszahlungen auf Lebenszeit an Ex-General Oscar Humberto Mejía Victores und Infanterie-Oberst Oscar Alberto Mendoza Azurdia einzustellen. Diese Nachricht wurde von diversen sozialen und Menschenrechtsorganisationen zur vollsten Zufriedenheit zur Kenntnis genommen, gelten doch beide Herren als kriminelle Menschenrechtsverletzer, deren Lebensunterhalt seit Jahren durch die erhobenen Steuern von den Menschen bestritten

wird, die im internen Konflikt zu ihren Opfern wurden bzw. Angehörige von Opfern sind.

Mejía Victores gelangte nach einem Staatsputsch gegen General Efraín Ríos Montt am 8. August 1983 als Diktator an die Macht und regierte bis zum 16. Januar 1986. Gegen ihn wurde wegen diverser Verbrechen ermittelt, doch seine Immunität hat ihn bislang vor Verfolgung und Bestrafung geschützt.

Mendoza Azurdia hatte das Amt des Vizepräsidenten unter dem ebenfalls als verbrecherischen und menschenrechtsmissachtenden bekannten Präsidenten General Fernando Romeo Lucas García (1978-82) inne.

Wahlbarometer

Guatemala, 2. Mai. Mitte Mai wird das *Oberste Wahlgericht* (TSE) offiziell die diesjährige Wahl-“Saison” eröffnen. Ungeachtet der Tatsache, dass eigentlich erst ab diesem Moment auch mit der Wahlpropaganda begonnen werden darf, ist der Zirkus schon in vollem Gange. Hier ein paar Streiflichter aus der Show:

Schon seit Monaten wird in der *Partei der Nationalen Allianz* (PAN) ein Machtkampf ausgetragen zwischen dem von der finanzkräftigen Oligarchie getragenen Präsidentschaftskandidaten Oscar Berger und dem Generalsekretär der Partei, Leonel López Rodas, die je einen Teil der Parteimitglieder hinter sich scharen. Ob es um die Person des Vizepräsidentschaftskandidaten, um das Datum der Parteiversammlung oder um mögliche Allianzen mit anderen Parteien geht, die beiden geraten sich jedes Mal in die Haare, was zweifellos auch ihre Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung und in der eigenen Parteibasis ins Wanken bringt. Berger, ehemaliger Bürgermeister der Hauptstadt und Präsidentschaftskandidat der PAN 1999, hat sich nach längerer Überlegung inzwischen zu seinem Austritt aus der PAN und einem Anschluss an die *Grosse Nationale Allianz* (GANA) der beiden Parteien *Partido Patriota* von Ex-General Otto Pérez Molina und Harris Whitbeck und des *Movimiento Reformador*, dessen bisheriger Spitzenkandidat der Unternehmer und Handelskammervorsitzende Jorge Briz ist. Beide Parteien sind offenbar dazu bereit, ihre Spitzenkandidaten (Whitbeck und Briz) zu Gunsten von Berger zurückziehen. Noch vor Bekanntgabe von Bergers Rücktritt deklarierten die sieben Mitglieder des PAN-Vorstandes (CEN) den Posten der Präsidentschaftskandidatur der Partei als vakant. Ausserdem wurde Berger unter sagt, das Logo der Partei zu benutzen, öffentliche Veranstaltungen im Namen der PAN zu realisieren und warnten ihn, dass er sich im Zweifel der Amtsanmassung, des Ungehorsams und unrechtmässiger Aneignung haftbar mache.

Berger betonte, dass er weiterhin zu Gunsten des Landes arbeiten werde und ihm nicht daran gelegen sei, die rund 79 Tausend PAN-GenossInnen zu enttäuschen, die ihn für die Präsidentschaftskandidatur der PAN gewählt hatten. Bei der Pressekonferenz war er in Begleitung von dem Unternehmer Eduardo González, der wiederholte, dass er Bergers Gefähr-

te im Gespann sein werde, also als Vizepräsident kandidiere.

López Rodas versicherte unterdessen, dass die PAN weiterhin solide arbeiten werde und wies darauf hin, dass zwar ein Präsidentschaftskandidat wichtig jedoch nicht fundamental für jene Arbeitspläne der Partei sei, mit denen vor drei Jahren begonnen wurde.

Ebenfalls im Gespräch, sich der GANA anzuschliessen, sind die *Unionistas* von Ex-Präsident Alvaro Arzú. In diesem Fall bräuchte Berger eine ziemliche Portion Flexibilität, waren doch die Differenzen mit ihm ein Grund, weshalb sich die *Unionistas* von der PAN abgespalten haben. Die GANA ist nicht in erster Linie als eine Allianz von Parteien sondern vielmehr als eine Allianz verschiedener Sektoren und Familien, die das traditionelle Kapital repräsentieren. Selbstverständlich hat sich die Allianz-Frage zu einem neuen Stein des Anstosses zwischen Berger und López Rodas entwickelt. Während 10 der 15 Mitglieder der Parteiführung sich gegen eine Allianz aussprachen, beharrt Berger darauf, dass es die Parteibasis sei, die diese Entscheidung treffe. Um seine Kandidatur im Namen der GANA zu unterstützen sei es ohne Bedeutung, welcher Partei sie angehörten.

Am 26. April stellte die URNG offiziell ihre Kandidaten für Präsident- und Vizepräsidentschaft vor. Die Namen der beiden kursierten schon seit längerem und wurden nun von Generalsekretärin Alba Estela Maldonado offiziell bestätigt: Rodrigo Asturias Amado (alias Gaspar Ilom) als Präsident und der Kongressabgeordnete Pablo Ceto als Vizepräsident. Die beiden müssen jedoch noch an der nationalen Parteiversammlung vom 1. Juni von der Parteibasis bestätigt werden. Gemäss Asturias basiert sein Regierungsprogramm auf den Friedensabkommen, wobei er vier Prinzipien besonders hervorhebt: Seriöse und umsetzbare Vorschläge anstelle von leeren und unverantwortbaren Versprechen, eine Regierung mit ethischen, ehrlichen und transparenten Grundsätzen, die der Gesellschaft verpflichtet ist, die Konkretisierung eines nationalen Projekts, das die am meisten Benachteiligten mitberücksichtigt sowie die Förderung der Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen und die Schaffung von sozialen Kontrollmechanismen. Ceto seinerseits betonte, die Partei sei nicht

vom “Allianzen-Fieber” angesteckt und würde keinen Pakt mit der “Mafia und mit den Gangstern, die das Land privatisieren”, schliessen, womit er einen Seitenhieb auf die PAN und die FRG landete. Auf lokaler Ebene sei die URNG jedoch an Allianzen interessiert. Deutlich äusserte sich Generalsekretärin Maldonado auch zur Frage der finanziellen Entschädigung an die Ex-PAC: Dieses Versprechen der FRG habe einen wahltaktischen Hintergrund und die Regierung der URNG würde auf keinen Fall solche Entschädigungen weiter ausbezahlen.

Die FRG gab bekannt, ihre auf den 3. Mai angesagte Parteiversammlung, an der auch die KandidatInnen für Präsident- und Vizepräsidentschaft bestimmt werden, auf den 23. Mai zu verschieben. Die Begründung der Parteiführung, dass zuerst die lokalen Versammlungen durchgeführt werden müssten, an denen die VertreterInnen für die nationale Versammlung gewählt werden, klingt vom demokratischen Standpunkt her logisch. Die Vermutung, dass vielmehr juristische Probleme hinter der Verschiebung stecken, wird von Haroldo Quej Chen, Sekretär für Organisatorisches, bestritten, das Kandidatenduo klar: Efraín Ríos Montt und Edín Barrientos, bisheriger Agrarminister.

Der Bürgermeister von Quetzaltenango, Rigoberto Quemé Chay, nahm das Angebot verschiedener BürgerInnenkomitees an und wird als ihr Präsidentschaftskandidat antreten. Auch sein Ziel ist es, eine Allianz mit anderen Gruppierungen einzugehen, vor allem braucht er eine eingeschriebene Partei, die ihn portiert. Diesbezügliche Gespräche führte er bereits mit der ANN und der URNG, entschieden sei jedoch noch nichts. Quemé Chay, der in Xela wegen seinem Regierungsstil durchaus schon ins Kreuzfeuer der Kritik kam, zählt auf die Unterstützung von rund 20, in der *Bewegung für interkulturelle Solidarität* zusammengeschlossenen Volksorganisationen. Er betonte, er werde nicht ins Ausland reisen, um Geld für seine Wahlkampagne zu erbetteln und sich so schon im Voraus zu kompromittieren. Sein grosser Trumpf wird wohl sein, dass er die Indígenaorganisationen hinter sich hat, denn, wie Rosalina Tuyuc über seine Kandidatur sagte: “Er ist eine Hoffnung für die Indígenas, die schon lange nicht mehr an die traditionelle Politik glauben”.